Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 72 (1978)
Heft: 5

Artikel: Wandlungen der Macht
Autor: Furrer, Paul
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142730

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Tat in fragwürdiger Berufung auf das Wachsein Gottes geschlafen und alles im Argen liegen lassen. Wir haben daher die Aufforderung zum Wachsein keinen Augenblick zu vergessen und zu verdrängen. Schläfrigwerden ist die Versuchung, die wir zu überwinden haben. Gleichzeitig aber wird uns gesagt: ihr dürft auch schlafen. Jetzt, wo alles darauf ankommt, daß die Christengemeinde lebendig ist: mit ganz wachen Sinnen und unablässig tätigen Händen — jetzt ist uns Zeit gegeben, zu ruhen und zu schlafen. Das heißt: wir sind am Bau der neuen Welt der Gerechtigkeit und des Friedens beteiligt. Aber die letzte Verantwortung für das Zustandekommen dieser neuen Welt liegt nicht in unserer Hand. Gott sei Lob und Dank: sie liegt nicht in unserer Hand. Wir müßten sonst resignieren und verzagen. Die Finsternis ist so dick, in der wir leben, die Vorurteile sind so eingefressen, gegen die wir anzukämpfen haben, daß wir mit unseren Kräften den Durchbruch immer wieder nicht erzielen. Im Gespräch mit vielen Menschen unserer Zeit, die voll guten Willens sind und die antreten wollen zum Neubau dieser Welt, fällt auf, wie schnell Abnützungserscheinungen auftreten, wie rasch wir mit unseren Kräften überfordert sind. Viel schneller, als wir gewöhnlich meinen. Die Angst vor Ueberforderung muß uns jedoch auf dem Boden des Evangeliums nicht ängsten. Gott baut sein Reich — über unser Bemühen hinaus. Er hält zusammen, was wir nicht zusammenhalten können, er führt zusammen, was unserer Kontrolle entgleitet, er vollendet, was wir nur anzufangen vermögen. Gott wacht, darum dürfen wir uns erholen und schlafen. Im Gespräch mit Helmut Gollwitzer hat der Marxist Roger Garaudy warnend zu bedenken gegeben: Was die Zukunft betrifft — wir haben kein Versprechen. Wenn wir auf das Evangelium hören, dann haben wir ein Versprechen. Jesus Christus — er selbst der Anfänger und der Vollender. Darum gehört zum Christsein beides: Das Wachwerden, das Sehen, das Präsentsein, das Kämpfen. Aber ebenso das vertrauensvolle Schlafen. Wie gut, daß eines nicht ohne das andere zu sein hat!

(Predigt vom 29. August 1976 in Tenniken)

PAUL FURRER

Wandlungen der Macht

Die bekannte politische Zeitschrift «Foreign Affairs», die vierteljährlich in New York in einem Umfang von bis zu 250 Seiten erscheint, befaßt sich ihrer Bestimmung nach mit den Beziehungen der Nationen untereinander und insbesondere mit der Fähigkeit einzelner Staaten, andere zu beeinflussen oder sie sogar zu einem bestimmten Verhalten zu

zwingen. In der Oktober-Nummer 1977 untersucht Chefredaktor William P. Bundy unter dem Titel «Elements of Power» die globalen Machtverhältnisse, wie sie sich vor allem im Laufe der zehn letzten Jahre entwickelt haben. Der nachstehende Beitrag folgt im großen und ganzen, wenngleich nicht unkritisch, dieser Analyse, die in unserer Zeit kurzlebiger Eindrücke auch dem aufmerksamen Zeitungsleser den Ueberblick über die großen Linien der jüngsten Veränderungen in der Weltpolitik erleichtern dürfte.

OPEC-Syndrom

Die traditionelle Dreiteilung in Westliche Nationen, Kommunistische Welt und Bündnisfreie Länder (non-aligned nations) erfuhr in den letzten Jahre eine Strukturveränderung oder **Machtverschiebung** (devolution), derzufolge die Großmächte weniger als früher in der Lage sind, die übrigen Nationen zu kontrollieren. Die Elemente der Macht verteilen sich allmählich neu. Militärische Macht ist zwar immer noch bei den Supermächten konzentriert, aber industrielle Kapazität hat außer in den USA und der UdSSR auch in Westeuropa, Japan und einigen kleineren wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern an Bedeutung zugenommen. Wirkliche Macht hingegen, die Fähigkeit also, ein anderes Land oder eine Gruppe von anderen Ländern zu einem bestimmten Tun oder Unterlassen zu zwingen, erscheint heute besser verteilt oder dezentralisiert. Neue Machtelemente haben die Verwundbarkeit bisher als unangreifbar geltender Staaten enthüllt und dadurch eine weitere Lockerung der herkömmlichen Machtstrukturen bewirkt.

Ein naheliegendes Beispiel für eine solche Machtverschiebung sind natürlich die **Länder der OPEC** (Organization of Petrol Exporting Countries). Ihr Machtzuwachs beruht auf der Fähigkeit, Oellieferungen an bestimmte Verbraucher zu unterbinden und im weiteren die Oelpreise diktieren zu können. Als die arabischen Frontstaaten 1973 ihre Offensive gegen Israel begannen, genügte die Drohung eines Oelembargos, um die NATO-Staaten zu veranlassen, araberfreundliche Erklärungen abzugeben und den Transit amerikanischer Hilfsgüter nach Israel zu verhindern. Westeuropa wie auch Japan konnten sich nicht einmal für kurze Zeit mit einem Oelembargo abfinden, das für sie zu einem völligen Stillstand der wirtschaftlichen Tätigkeit geführt hätte. Die OPEC-Länder anderseits kontrollierten einen so bedeutenden Teil der Weltproduktion an Oel, daß ein Embargo sich als wirksam erweisen mußte; zumal sie gesamthaft auch in der Lage waren, den Verlust an Einkommen eine Zeitlang auf sich zu nehmen. Die bald darauf folgende Erhöhung der Oelpreise auf das Vierfache, die viele westliche Länder, vor allem aber die Verbraucher der Dritten Welt in eine schlim-

me Defizitlage trieb und die beginnende Rezession verschärfte, mußte von den Verbrauchern einfach hingenommen werden. Der Schlag für Wirtschaft und Prestige des Westens war so wuchtig, daß Kissinger und Verteidigungsminister Schlesinger den Oel-Staaten am Persischen Golf sogar militärische Schritte androhten. Sie fanden jedoch kein Echo in den USA und schon gar nicht in Europa oder Japan. In diesem Fall hatte also der Einsatz wirtschaftlicher Macht die militärische Waffe stumpf gemacht und den OPEC-Ländern politischen Aufstieg und Reichtum verschafft.

Andere Länder der Dritten Welt, die mit ansehnlichen Mengen an Rohstoffen wie Kupfer, Baumwolle usw. auf dem Weltmarkt vertreten sind, hatten gehofft, ebenfalls nach OPEC-Methode die Preise für ihre Produkte festlegen zu können. Sie besaßen indessen weder einen genügenden Anteil am globalen Angebot des in Frage kommenden Produkts, noch konnten sie einen möglichen Ausfall an Einkommen verkraften. Den Preis erhöhen konnten einzig Jamaika für Bauxit und Marokko für Phosphate. Die Bresche, die OPEC in das Wirtschaftsgebäude der Industrieländer geschlagen hatte, war vorläufig nicht weit genug, um auch anderen Rohstoff-Ländern zu größerer politischer Macht zu verhelfen.

Neue Weltwirtschaftsordnung?

War OPEC das dramatischste Ereignis der letzten fünf Jahre, so haben **internationale Konferenzen** über Umweltschutz, Ernährung, Ueberbevölkerung oder Fragen des Seerechts neuerdings vielleicht mehr Aussicht auf langfristige Wirkung. Die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die viele dieser Bereiche einschließt, stößt bei den Industrieländern aber noch überwiegend auf Ablehnung. Dabei treten Interessengegensätze zutage, die mitunter geradezu in eine Atmosphäre der Feindschaft übergehen.

Auch die OPEC-Länder haben nicht die Absicht, ihre Macht zugunsten der armen Länder in der Dritten Welt einzusetzen. Diese wiederum, obschon mit Schulden überlastet, denken nicht daran, die Rückzahlungen einzustellen und damit künftige Anleihen aufs Spiel zu setzen. Die Industrienationen aber machen wie bis anhin ihre Geschäfte mit der Dritten Welt, ohne Kompensationsgarantien zu erhalten für den Fall, daß ihre Aktiven nationalisiert werden. Bundy glaubt daher geradezu an eine Art von **Gleichgewicht der Macht,** das zudem dank OPEC leicht zugunsten der Dritten Welt verbessert worden sei und im übrigen auf einem Wechselspiel der beidseitigen ökonomischen Vorteile beruhe. Besonders die wirtschaftlich am meisten entwickelten Nationen der Dritten Welt hätten denn auch kein Interesse an einer

neuen Weltwirtschaftsordnung, sondern möchten lediglich das bestehende Wirtschaftssystem in ihrem Sinne verändern.

Daß von einem Gleichgewicht nur zwischen gleichwertigen Partnern gesprochen werden kann, will Bundy nicht zur Kenntnis nehmen. Immerhin muß er zugeben, daß die internationalen Verhandlungen der beiden letzten Jahre das Niveau der Zusammenarbeit zwischen den westlichen Industriestaaten und den Ländern der Dritten Welt nicht wesentlich verbessern konnten. Aehnlich verharmlost Bundy die Gefahr, die von den Multinationalen Konzernen des Westens ausgeht. Er hält heute nichts mehr von der Befürchtung, daß sie kleinen und selbst mittleren Staaten die Bedingungen für ihre Investitionen diktieren könnten, sondern meint: «Regierungen können Investitionen ablehnen oder ihren eigenen Gesetzen unterstellen; Multis sind in der Lage, auf Bedingungen der Dritte-Welt-Länder einzugehen oder sich zurückzuziehen»...

Eine Ausnahme von der Regel, daß wirtschaftliche Interessen sich Einschränkungen gefallen lassen müssen, sieht Bundy in der Schaffung der 200-Meilen-Zone, die das Recht des Anstößers auf die Ressourcen, die dieser Meeresstreifen enthält, absolut schützt. Als England davon absah, seine Fischerboote in der 200-Meilen-Zone vor Island durch seine Kriegsschiffe gegen die Angriffe des Anstößers zu verteidigen, war ein Wendepunkt erreicht, der sowohl die Zuteilung als auch den Inhalt dieser Nutzungsmacht neu bestimmte.

Wettstreit zwischen Ost und West

Wie ist es mit der **wirtschaftlichen Macht** im Wettstreit zwischen der westlichen und der kommunistischen Welt bestellt? Als Chruschtschow 1957 den Amerikanern zurief: «Wir werden euch begraben», hat er damit offensichtlich gemeint, die Sowjetunion und ihre Verbündeten würden die USA und den Westen an Produktionsleistungen übertreffen und sich, ganz allgemein, als so überlegen erweisen, daß jedermann erkennen könnte, welches System das bessere sei.

Die seitherige Entwicklung verlief anders. Die Sowjets sind tüchtig in der Entwicklung und Produktion von Waffen. Aber sie entwickeln und produzieren nicht die industriellen Güter und Technologien, die der Rest der Welt nötig hat. Ihre Rolle im Welthandel ist minim. Entsprechend beschränkt ist denn auch ihre Fähigkeit, das eigene Wirtschaftspotential für die Ausdehnung der Macht im Ausland einzusetzen. Sogar die Unterstützung des kleinen Kuba stellt die Sowjets vor beträchtliche Schwierigkeiten. Die russische Entwicklungshilfe erscheint zwerghaft im Vergleich mit privaten und öffentlichen Leistungen westlicher Länder. Investitionen der Sowjets haben selten dauerhafte Er-

gebnisse gezeitigt. Ein großer Einsatz in Indien hatte zeitweilig Erfolg, doch die Sowjet-Union konnte Indiens größtes Problem, den Mangel an Nahrungsmitteln, nicht lösen helfen, und so mußte sich die Anziehungskraft des Westens wieder durchsetzen. Aehnlich wandten sich 1973/74 Syrien und Aegypten von den Sowjets ab, da die USA und das westliche Wirtschaftssystem im ganzen mehr an sofortiger Hilfe und an dauernden politischen Vorteilen zu bieten schienen. Das Argument, daß die Länder der Dritten Welt von der UdSSR in erster Linie nicht Wirtschaftshilfe, sondern die Unterstützung der Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung erwarteten, ist daher nur bedingt richtig.

Der wirtschaftliche Faktor spielte in zwei Fällen «Kommunistischer Machtergreifung», nämlich in **Chile und Portugal,** eine entscheidende Rolle. Bundy gibt zu, daß Nixon die CIA einsetzte, um 1970 nach der Wahl Allendes durch die Unterstützung rechtsstehender Elemente einen Staatsstreich anzuzetteln. Bundy räumt ferner ein, daß Nixon alles tat, um Allende zu isolieren und ihm jede finanzielle Hilfe durch amerikanische und europäische Banken zu entziehen. Es ist ihm aber offensichtlich nicht ganz wohl bei der Erwähnung der schändlichen Rolle, die Amerikas politische Führung in der chilenischen Tragödie gespielt hat. Darum relativiert er das Gewicht der amerikanischen Intervention mit der Behauptung, Allendes Politik hätte auch ohne Nixon und seiner Helfershelfer Zutun in einem Militärputsch geendet. Daß Bundy dafür die Beweise fehlen, gesteht er sich und seinen Lesern freilich selber ein. Der Sturz der chilenischen Volksfrontregierung soll zeigen, daß die UdSSR nicht in der Lage ist, kommunistisch geführte Regierungen in der westlichen Hemisphäre hinreichend zu unterstützen. Aus kommunistischen Staaten seien Allende 446 Millionen Dollar in langfristigen Anleihen zugeflossen. Ungefähr ebensoviel habe er von westeuropäischen und lateinamerikanischen Ländern erhalten. Wer kann sich für diese Zahlen verbürgen?

Die Konsequenzen aus der chilenischen Tragödie zog vor allem die **Kommunistische Partei Italiens.** Im Spätherbst 1973 änderte Enrico Berlinguer den politischen Kurs der KPI in Richtung auf den «historischen Kompromiß». Danach will die KPI nur in Koalition mit der Christlichdemokratischen Partei die Regierungsverantwortung übernehmen. Berlinguer war zum Schluß gekommen, daß eine kommunistische Minderheitsregierung, von konstruktiven Wirtschaftsbeziehungen zum Westen abgeschnitten, sofort in die größten Schwierigkeiten geriete, und daß die Sowjetunion mit keiner gleichwertigen Wirtschaftshilfe einspringen würde oder könnte. Im privaten Gespräch mit Verantwortlichen der KPI wird die CIA und ihre Rolle in Chile überhaupt nicht erwähnt. Was zählt, ist nur die relative wirtschaftliche Anziehungskraft von Ost und West.

Ein ähnlicher Vorgang spielte sich in Portugal ab. Die öffentliche Zusage massiver Hilfe an ein «demokratisches» Portugal durch die Europäische Gemeinschaft gab den Ausschlag. Beim Westen bleiben hieß, größere wirtschaftliche Aussichten erlangen, als sie unter kommunistischer Führung möglich erschienen.

Im einen wie im andern Fall verhinderte demnach wirtschaftliche Macht jene politischen Entscheidungen, die das Kräfteverhältnis zwischen kommunistischen und nicht-kommunistischen Kräften in Lateinamerika und Europa hätten verändern können.

Das heißt nach «Foreign Affairs» aber nicht, daß der Ost-West-Gegensatz ausschließlich auf wirtschaftlicher Ebene entschieden werde. Es wird auch nicht behauptet, daß der Westen durch seinen weltweiten wirtschaftlichen Einsatz immer nur sein Ansehen mehrte. Das rücksichtslose und korrupte Geschäftsgebaren amerikanischer Unternehmungen wie ITT und Lockheed hat im Gegenteil nicht zum guten Ruf der USA in der Dritten Welt beigetragen. Auch der amerikanische Tourismus in der karibischen Region könnte wie einst in Kuba einen Sturm entfachen. Das gefährlichste Moment ist jedoch die Tätigkeit westlicher Privat-Unternehmen im südlichen Afrika, die, wie Präsident Nyerere erklärte, es den Leuten schwer macht, den wirklichen politischen Kurs Amerikas zu erkennen. Wo immer die westlichen Wirtschaftsinteressen aktiv sind, erwecken sie unfehlbar den Eindruck, daß der Westen politische Machenschaften unterstützt, die von den USA im nationalen Interesse abgelehnt oder verboten werden müßten. Westliche Unternehmen können zu politischen Streitigkeiten Anlaß geben, die besonders in Fällen von Nationalisierung zu Problemen des diplomatischen Schutzes führen, die fast unlösbar sind.

Wie wirkt sich das westliche Wirtschaftssystem auf die Wirtschaft der Sowjetunion und ihrer Verbündeten aus? Die **Macht der Sowjet-Regierung** über ihr Volk und über Osteuropa beruht nach Bundy auf mannigfachen Kombinationen zwischen legitimer Autorität und Gewalt. Wirtschaftlicher Verkehr mit dem Westen hat diese Macht bis jetzt nicht angefochten, noch jene Unternehmungen vom Westen abhängig gemacht, auf welche die UdSSR besonderen Wert legt (so gern sie auch amerikanisches oder japanisches Kapital für die Erschließung sibirischer Oelquellen verfügbar hätte). Doch indirekt ist für Bundy die Wirkung des Westens bedeutend, da die Völker Osteuropas immer daran erinnert würden, daß ihr System keine vergleichbaren zivilisatorischen Annehmlichkeiten produziere, was sie wiederum veranlaße, einen stetigen Druck auf ihre Regierungen auszuüben, um auf diesem Gebiet mehr zu leisten.

Chruschtschow dachte wohl, daß die Russen bis heute beides, militärische Macht und einen großartigen wirtschaftlichen Apparat be-

sitzen würden, sodaß ein weltweiter Drang nach dem Osten entstünde. Aber im wirtschaftlichen Bereich ist das Gegenteil der Fall. Hier verläuft der Trend immer noch westwärts.

Militärische Macht

«Foreign Affairs» sind der Auffassung, daß sich im militärischen Kräfteverhältnis zwischen den beiden Supermächten eine Ueberlegenheit der Sowjets abzeichne. Auf amerikanischer Seite wird behauptet, die Anstrengungen, dieses Ziel zu erreichen, gingen auf den Anfang der sechziger Jahre zurück. Kritisch müßte man allerdings hinzufügen, daß seit eben dieser Zeit die angebliche militärische Ueberlegenheit der UdSSR auch als Vorwand benützt wird, um die vom Pentagon verlangten Rüstungskredite mühelos bewilligt zu bekommen. Ein Motiv für die Bemühungen der Sowjets sieht man in ihrem traditionellen Glauben an militärische, speziell durch Massen von Divisionen und Waffen dargestellte Macht. Das 1972 erreichte erste SALT-Abkommen, das die strategische Ebenbürtigkeit der beiden Supermächte feststellte, war daher eine besondere Genugtuung für die Russen. Die USA sind nach Bundy dennoch führend in der Waffentechnologie. Den heutigen Stand der russischen Nuklearrüstung hält er nicht für alarmierend. Eher zu Bedenken Anlaß gibt den Amerikanern die Häufung von Offensivwaffen an der östlichen NATO-Grenze. Neu vor allem und von eminenter Tragweite ist die **Schlagkraft der Sowjets außerhalb Osteuropas.** In der Kongokrise der frühen sechziger Jahre vermochten die Sowjets noch nicht einzugreifen. Am Befreiungskampf Angolas vor drei Jahren waren sie hingegen mit einer Flotte zur Stelle. Sie konnten große Mengen von Waffen in kurzer Zeit verschieben und sogar Tausende von kubanischen Streitkräften nach Angola fliegen. Auch wenn das Gelingen der Operation zum Teil politische Gründe hatte, so wäre es doch nicht möglich gewesen ohne die neuen Formen militärischer Stärke, wie sie von der UdSSR in den letzten zehn Jahren entwickelt wurden. Aehnlich versuchten die Sowjets im aethiopisch-somalischen Konflikt zu intervenieren. Einmal mehr ließen sie sich dabei durch die Kubaner vertreten, die eine iberische Sprache sprechen und in der Dritten Welt ein hohes Ansehen genießen. Der Einsatz von russischen oder osteuropäischen Truppen hätte sich in Afrika ganz anders ausgewirkt. «Foreign Affairs» wagen sogar die Prognose, daß in Zukunft die militärische Hilfe europäischer Truppen sich gegen das Land kehre, das sie für sich kämpfen lasse.

Lieferungen von Waffen und Waffentechnologien

Wenn Bundy sodann feststellt, daß seit etwa 1965 ein «weltweiter Markt an konventionellen Waffen» besteht, und daß jede Nation (und

jede beliebige Gruppe, von Befreiungsbewegungen bis zu Terrorbanden) sich beliebig aufrüsten kann, hätte er auch hinzufügen dürfen, daß die beiden Supermächte heute 90 bis 95 Prozent der Waffen selbst verkaufen. Nach neuesten Meldungen beliefen sich die amerikanischen Verkäufe für das letzte Budgetjahr auf 11 Milliarden Dollar, während die Schätzungen für das laufende Budgetjahr bereits 13 Milliarden Dollar erreichen. Es versteht sich, daß den Sowjets noch höhere Umsätze zugeschrieben werden.

Die größte Schwierigkeit bereitete den Supermächten die zunehmende **Ausbreitung (proliferation) der Nukleartechnik,** die seit 1974, dem Beginn der Rezession, des drohenden Oelembargos und der damit verbundenen Forderung nach alternativen Energien, neue Gruppierungen von Staaten entstehen ließ. Die Supermächte möchten die Verbreitung von Atomwaffen unter weiteren Nationen oder gar subnationalen Gruppen verhindern. Den «Haves» gegenüber rufen die «Havenots» jedoch dringend nach Kernreaktoren für die Energieproduktion und protestieren gegen die, wie sie sagen, «diskriminierenden» Kontrollen. Eine dritte Gruppe könnte zwar Atomwaffen herstellen, hat aber den Atomsperrvertrag unterzeichnet. Dafür haben die Staaten dieser Gruppe, unter ihnen die BRD, Japan und Schweden, aus dem Export von Kernkraftanlagen eine Spezialität gemacht. Sie stellen sich gut mit bedeutenden «Have-nots» wie Brasilien und bauen ihre eigene Nuklearindustrie weiter aus.

Die USA können die Exporteure von Kernkraftanlagen aber nur dann für die Zusammenarbeit in der Frage der Non-Proliferation gewinnen, wenn sie ihnen bei der Uranbelieferung massive Konzessionen machen. Hinzu kommt, daß der Atomsperrvertrag den «Have-nots» ein Recht auf Unterstützung im Auf- und Ausbau von Nuklearanlagen für «friedliche Zwecke» einräumt. Schließlich sind eine Reihe von «Schwellenmächten» heute fähig, in kürzester Zeit Atomwaffen herzustellen. Das Problem der Non-Proliferation ist demnach alles andere als gelöst, zumal die Macht, Kernkraftanlagen zu verweigern, technisch nicht unfehlbar und politisch mehr oder weniger bedeutungslos ist. Jede derartige Weigerung müßte nämlich die internationalen Beziehungen in einer Weise belasten, wie sie weder die USA noch die Gruppe der übrigen Exporteure in Kauf nehmen wollten.

Immerhin läßt sich die Auffassung vertreten, daß die Belohnung für den Verzicht auf Kernwaffen den «Have-nots» bessere Dienste leisten könnte als der tatsächliche Besitz solcher Waffen. Wie würde dieser Besitz sich in der Innenpolitik bemerkbar machen? Würde er bei den Nachbarstaaten eine Panik auslösen? Solche Fragen lassen erkennen, wie sehr diese Instrumente der Zerstörung den innerstaatlichen und den zwischenstaatlichen Frieden beeinträchtigen müßten.

Die Rolle Chinas

Es gibt Nationen, deren Macht hauptsächlich auf den Größen des geographischen Raums und der Bevölkerungszahl beruht. Sie leben in unserer Vorstellung als die schlafenden Riesen der Welt. China gehört zu ihnen. Welchen Machtfaktor stellt dieser Riese dar?

Nach dem chinesischen Bürgerkrieg und dem Koreakrieg verbreitete sich die Furcht, daß China in kurzer Zeit gewaltig an Macht zunehmen werde. Bundy hält diese Annahme für die Hauptursache des Vietnamkriegs. Nicht nur unter seinen Nachbarn, sondern auch im Westen galt China immer mehr als ein gefährlicher Mythos.

Erst seitdem China die Kulturrevolution beendet, seine Beziehungen zu den USA halbwegs normalisiert und in die UNO Aufnahme gefunden hat, scheint es in westlicher Sicht wieder realistische Dimensionen anzunehmen. Da China zudem mit keiner Supermacht verbündet ist, wird die Offensivstärke seiner Armee heute niedriger eingeschätzt als noch vor zehn Jahren. Immerhin verfügt es nach «Foreign Affairs» über eine defensive Schlagkraft, die auch einer Invasion durch die Sowjets gewachsen wäre.

Wirtschaftlich hat China seit 1949 zwar riesige Fortschritte gemacht, ist aber dennoch ein **armes Land** geblieben. Das erklärt wohl auch seine Zurückhaltung im Nord-Süd-Dialog oder gegenüber den Konflikten im Nahen Osten und im südlichen Afrika. Zu weit gehen «Foreign Affairs» allerdings mit der Behauptung, daß China nichts an konkreter Hilfe zu bieten habe. Hat nicht der Bau einer Eisenbahn, den China für Tansania in Rekordzeit vollenden konnte, in aller Welt Schlagzeilen gemacht?

Für die Tatsache, daß China selbst in der Dritten Welt keine herausragende Rolle spielt, gibt es aber noch eine weitere Erklärung. Bundy weist nämlich darauf hin, daß China keiner Staatengruppe angehört. Heute aber wird politische Macht vor allem durch derartige Staatengruppen ausgeübt. Wer nicht zu einem «Club» zählt, findet nicht die Beachtung, die seiner eigentlichen Bedeutung entsprechen würde. Auch Indien, das einst die Führung innerhalb des «Blocks der Blockfreien» innehatte, gilt heute trotz seiner geographischen Größe und seiner Bevölkerungszahl weniger als Länder wie Iran, Saudiarabien oder Brasilien, die alle Mitglieder wichtiger regionaler oder wirtschaftlicher Gruppen sind.

Gruppen-Politik

In der Dritten Welt sind es vor allem die **regionalen Gruppierungen,** die ihre Macht ausbauen konnten. Seit 1972 gelingt es zum Beispiel schwarz-afrikanischen und arabischen Ländern, in der UNO zu gegen-

seitigem Vorteil Druck auf Israel und Südafrika auszuüben. Desgleichen gewinnt eine Verurteilung der amerikanischen Position am Panamakanal in dem Maße an Gewicht, als sie die einstimmige Meinung aller lateinamerikanischen Länder darstellt, die sich den USA gegenüber durch Guerillaangriffe sehr unangenehm bemerkbar machen könnten. Auch Resolutionen der OAU (Organization for African Unity) zur Befreiung des südlichen Afrika dürften sich mit dem Erstarken schwarzer Frontkräfte entscheidend gegen die weiße Herrschaft auswirken, wie sie ja auch schon die Aktionen der Kubaner deckten und damit die USA wie Südafrika zum Rückzug aus Angola veranlaßten. Konnte ferner die Johnson-Administration 1965 noch eine bewaffnete Intervention gegen die Dominikanische Republik durchführen, so würde heute die OAS (Organization of American States) niemals mehr ein solches Unternehmen der USA in der karibischen Region zulassen. Die Aktionsfähigkeit dieser Supermacht ist damit erheblich verringert worden.

Besondere Anerkennung beansprucht Bundy für die **amerikanische Bündnisdiplomatie.** Sicher nicht zu Recht, sofern die OAS dafür ein Beispiel sein sollte. Ganz abgesehen von Chile, wo die US-Regierung während der Regierungszeit Allendes eine geradezu verbrecherische Rolle spielte, haben amerikanische Unternehmungen wie die United Fruit Company die lateinamerikanischen Bündnispartner auf gemeine Art ausgebeutet. Amerikaner mögen einwenden, daß dafür nicht ihre Regierung verantwortlich sei. Nachdem diese jedoch nie einen Versuch gemacht hat, derartige Praktiken einzudämmen, wird ihre Bündnispolitik zwangsläufig mit einer Ausbeutung vom Typus der United Fruit Company identifiziert.

Mit mehr Recht stellt Bundy die Erfolge amerikanischer Bündnispolitik den **Mißerfolgen der Sowjets** auf diesem Gebiet gegenüber. Die Russen seien wohl tüchtig in Gegner-Diplomatie. Sonst aber hielten sogar ideologische Freunde, von den Chinesen bis zu den Eurokommunisten, Distanz zu ihnen, weil sie vollkommen unfähig seien, auf die Anliegen ihrer Partner einzugehen. Der Zusammenhalt der Gruppen des Warschauer Pakts und des COMECON beruhe mehr auf Sowjet-Macht und Sowjet-Interesse als auf dem gemeinsamen Gesellschaftssystem. Eine strenge Disziplin erzwinge die Bündnistreue, entbehre jedoch der Anziehungskraft für andere Nationen.

Der **Zusammenhalt der westlichen Welt** gründet demgegenüber auf Sicherheitsinteressen, das heißt auf Furcht vor der UdSSR, und auf einer gemeinsamen politischen Praxis im Sinne einer Kombination von formaler Demokratie und kapitalistischer Marktwirtschaft. Wegen der Rezession mußte die Europäische Gemeinschaft zwar ihre Pläne für eine politische Einigung zurückstellen, aber die wirtschaftlichen Gipfelkon-

ferenzen lassen auf vermehrte Zusammenarbeit und einen stärkeren Sinn für die gemeinsamen Basisinteressen schließen. Wie sich die Regierungsbeteiligung eurokommunistischer Parteien in einzelnen Staaten auf die NATO auswirken würde, ist noch nicht abzusehen.

Anders als in Ost und West ist die Ideologie in der **Dritten Welt** von geringem Einfluß. Die OPEC-Länder gehören trotz ihres Reichtums weiterhin zur «Gruppe der 77» (Entwicklungsländer). Bundy hält dafür, das stärkste Band unter den «77» sei ihre gemeinsame kolonialistische Vergangenheit und für die lateinamerikanischen Länder die Erfahrung der Yankee-Hegemonie. In Lateinamerika ist die politische Rhetorik oft marxistisch angehaucht, der marxistische Einfluß auf die politische Praxis aber viel bescheidener.

«Foreign Affairs» glauben nicht, daß die Dritte Welt je die Anschauungen des Westens oder des Ostens voll übernehmen wird. Indessen könnte sich auf ihrem Boden aus eigenen Elementen so etwas wie eine neue Ideologie herausbilden, wenn die westliche Wirtschaft, in zunehmende Schwierigkeiten verstrickt, nicht mehr richtig funktionierte, was die Dritte Welt als wirtschaftliche Aggression der reichen gegen die armen Nationen interpretieren könnte. Damit wäre die Bahn frei für eine Epidemie des Hasses mit extremistischen und möglicherweise rassistischen Doktrinen, wie sie schon die dreißiger Jahre heimsuchten. Eine andere Möglichkeit sieht Bundy in einer neuen Welle von religiösem Fanatismus, der bereits heute in einer Reihe von Konflikten zwischen Christen und Mohammedanern die Atmosphäre vergiftet.

Die westlichen Nationen täten daher gut daran, ihre eigene Gruppenpolitik nicht in einen verhängnisvollen Gruppenegoismus ausarten zu lassen. Erst wenn auch die Dritte Welt die Ueberzeugung gewinnt, daß die Zukunft eine Teilnahme aller Gruppen am wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg eröffnen wird, ist die Gefahr eines chaotischen Zusammenbruchs der weltwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern gebannt.

Einsatz der Macht — wofür?

«Foreign Affairs» zitiert als Antwort auf diese Frage die folgende Maxime von Dr. Johnson, einem Moralisten der Aufklärung: «Es gibt wenige Möglichkeiten, den Menschen moralischer zu beschäftigen, als mit Geld verdienen (to make money).» Ein **intelligenter Egoismus** als Leitmotiv ist nach Bundy gut für das Individuum wie für die Nation, die sich in ihrem Wirtschaftssystem einigermaßen wohl fühlt. Die Bemühungen, sich im Wettbewerb mit anderen zu behaupten und die eigene Stellung zu verbessern, seien nicht weniger edel als Tätigkeiten, die aus andern Motiven erfolgten.

Doch dieses einseitig wirtschaftliche Denken, die bloße Sorge um das materielle «Vorwärtskommen» hat auch seine Konsequenzen für die Regierungen. Die großen Persönlichkeiten, die bei den Alliierten des Zweiten Weltkrieges das Steuer führten, sind nicht mehr, und was wir seither erleben, ist schon oft als «Zeitalter der Mittelmäßigkeit» bezeichnet worden. Bundy mutmaßt sogar, daß diese Mittelmäßigkeit der weltweiten **Krise der Legitimität** der Regierungen zugrunde liegt. Es genügt nicht mehr, daß eine Regierung schlecht und recht ihr Pensum erledigt, man glaubt erwarten zu dürfen, daß sie ihr Volk für die Verfolgung eines großen nationalen Ziels mobilisieren könne, sei es der totalen inneren Erneuerung der Nation (Mao in China) oder sonst einer großen Aufgabe, welche die Regierung dem Volk — und umgekehrt — nahe bringe. In Westeuropa oder Japan reagieren die Regierungen routinemäßig auf das Parallelogramm der Kräfte, die auf sie eindringen. Aber gerade dieses Parallelogramm der Pressionen verhindert neues und kühnes Handeln, sodaß sich die Regierungen verhältnismäßig rasch verbrauchen und sich nur noch durch Manipulation der Parteien oder allerlei Tricks an der Macht halten können.

In der Dritten Welt ist es um die Legitimität der Regierungen noch schlimmer bestellt. Viele von ihnen sind reine Diktaturen, wenn nicht der Form nach, so doch in der Praxis. Ein hoher Grad behördlicher Willkür verbindet sich mit der Verweigerung von Menschenrechten. Freilich verschweigen «Foreign Affairs», daß gerade die US-Regierung wirtschaftliche Gebilde in der Dritten Welt protegiert, die nur unter einer Diktatur gedeihen können. Das Bedauern mit Menschen, die unter den von den USA gestützten Diktaturen leben müssen, verkommt insofern zur Heuchelei.

Was die westlichen Nationen laut Bundy fördern müssen, ist der politische Wille, nicht nur der UdSSR gewachsen zu sein, sondern auch mit der Dritten Welt offen und zuvorkommend umzugehen. In den USA sei eine stärkere Beachtung der traditionellen Grundsätze erforderlich. So könne sich Präsident Carter die nachhaltigste Wirkung seiner Menschenrechtspolitik von seinem eigenen Land erhoffen. Die Respektierung der Menschenrechte, Offenheit in der Politik und Uebereinstimmung der Administration mit dem Volk entsprächen dem amerikanischen Ideal und förderten damit auch wieder die Legitimität der Behörden.

Jenseits des Nationalismus

Zum Schluß seiner Analyse kommt Bundy auf die Rolle des Staates in unserem Dasein zu sprechen. In den Nationalstaaten sieht er immer noch die Hauptinstrumente organisierten menschlichen Handelns. Das wichtigste menschliche Tun ist jedoch nicht organisiert, und schon

gar nicht vom Staat. Es ist wieder Dr. Johnson, den Bundy mit den Worten zitiert: «Wie wenig können doch Könige und Gesetze machen oder wieder gut machen von dem, was Menschenherzen ertragen müssen.»

Wenn auch die Macht des Staates heute größer ist als zu Dr. Johnsons Zeit, so zündet sie doch selten die göttlichen Funken der Erfindung, des schöpferischen Tuns und des moralischen Empfindens, welche die Menschen am stärksten bewegen. Und die Geschichte geht einig mit einer langen Tradition sittlicher Denkart, die jede Nation nach dem Maßstab beurteilt, wie sie die Entfaltung der Energien des Individuums zu fördern vermag.

Grund zu einer vorsichtigen Zuversicht glaubt Bundy dennoch haben zu dürfen, wenn er schreibt: «Etwas, das über den Nationalismus hinausgeht, faßt nur langsam Fuß in der Welt. Trotz allen entmutigenden Entwicklungen der letzten fünf Jahre bestehen doch Anzeichen, daß ein wachsendes Bewußtsein einer gemeinsamen menschlichen Bestimmung vorhanden ist. Ein solches Bewußtsein kann die genaue Prüfung der vorliegenden dringenden Probleme nicht ersetzen — diese Prüfung kann nur von den Nationen ausgehen. Aber die Zukunft der Welt würde trübe aussehen, wenn dieses weltumspannende Bewußtsein (einer gemeinsamen menschlichen Bestimmung) fortan nicht stetig zunähme.»

*

Wa an der Analyse William P. Bundys auffällt, ist die allzu schonende Behandlung, die er der amerikanischen Politik angedeihen läßt. Nachdem er von der Sowjetunion, ihrem Wirtschaftsgebaren, ihrer Verteidigungs- und Außenpolitik ein kritisches, aber wie mir scheint, nicht falsches Bild entworfen hat, würde man von einer Zeitschrift vom Rang der «Foreign Affairs» etwas mehr Distanz gegenüber der Politik des eigenen Landes erwarten. Einige der Mängel habe ich bereits angedeutet.

Nur ein Punkt soll noch erwähnt werden. «Foreign Affairs» sind besorgt über die atomare Gefahr für die Welt, falls noch einmal ein Krieg ausbrechen sollte. Kein Wort davon, daß Amerika der Welt diese verhängnisvolle Entwicklung, diese Fahrt in die Katastrophe eingebrockt hat, begann sie doch damit, daß Truman, den die Amerikaner immer noch als großen Staatsmann betrachten, den Befehl zum Einsatz der ersten Atombombe gegen Japan erteilte. Was folgte, das atomare Wettrüsten mit all seinen Konsequenzen, war vorauszusehen. Es wäre schon viel für die Rettung der Welt gewonnen, wenn ein US-Präsident die Verantwortung seines Landes für die Auslösung dieser atomaren Krise anerkennen würde.